

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 97. Ratssitzung vom 3. Juni 2020

2564. 2020/161

Dringliches Postulat von Andreas Egli (FDP), Pärparim Avdili (FDP) und 17 Mitunterzeichnenden vom 06.05.2020: Temporäre Erhöhung der zulässigen Parkdauer für Kurzzeit-Parkplätze

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

***Andreas Egli (FDP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2420/2020): Parkplätze sind systemrelevant. Das haben wir festgestellt, als die Stadt kurzfristig einen Teil einer zweispurigen Strasse gesperrt hat und Parkplätze schuf für die eigenen Mitarbeiter, die auch in Corona-Zeiten zu verschiedenen Tageszeiten arbeiten mussten. Es ist nicht so, dass während dieser Zeit Tram und Busse nicht mehr gefahren wären. Sie fuhren einfach unregelmässiger und waren gesundheitlich belastend für jene, die Angst vor einer Ansteckung hatten. Aber noch relevanter als Parkplätze sind im Moment für das Zürcher Gewerbe Kunden. Jene Kunden, die sich in die Stadt wagen, um dort einzukaufen, sollen genügend Zeit haben, um ihre Einkäufe und Kommissionen tätigen zu können. Auch für Behördengänge muss genügend Zeit vorhanden sein. Der Parkplatz soll den Kunden sinnvollerweise für diese Zeit auch zur Verfügung stehen. Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie die Parkzeit bei jenen Parkplätzen, bei denen weniger als eine Stunde Parkzeit vorgesehen ist, bis zum Maximum von einer Stunde erhöht werden kann beziehungsweise maximal verdoppelt werden kann. So haben die Kunden genügend Zeit, um in den Zürcher Geschäften vor Ort einzukaufen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

***STR Karin Rykart:** Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. Das Postulat betrifft insgesamt 1288 Kurzzeit-Parkplätze. Davon weisen 895 Parkplätze eine Höchstparkdauer von einer Stunde auf. 393 Parkplätze weisen eine Höchstparkdauer von einer halben Stunde auf. Parkplätze mit kurzer Maximalparkzeit gibt es aus folgendem Grund: Je länger die Parkdauer ist, desto weniger Fahrzeuge können die Parkplätze benutzen. Gerade an Örtlichkeiten mit hoher Personenfrequenz macht eine kurze Parkdauer Sinn. Die maximale Parkdauer jetzt zu verlängern, könnte gegen das Interesse der Geschäfte sein, aber auch gegen jenes der FahrzeuglenkerInnen. Wir haben keine Kenntnis von konkreten Fällen, in denen 30 oder 60 Minuten für lokale Einkäufe beim Gewerbe aufgrund der aktuellen Hygienevorschriften der COVID-19-Verordnung nicht ausreichen würden, und wir befinden uns zudem auf dem Weg zurück in die Normalität. Eine generelle Erhöhung der Parkdauer wäre mit grossem Aufwand verbunden. Man müsste die Signalisation anpassen. Parkuhren und Apps müssten angepasst werden, denn die längere Parkerlaubnis müsste auch für die NutzerInnen und das Kontrollpersonal erkennbar sein. Dabei wäre mit Kosten von mehreren 10 000 Franken zu rechnen. Noch eine Klarstellung zur*

2 / 4

Postulatsbegründung: Weder der Kanton noch die Stadt haben für ihre Mitarbeitenden aus Bequemlichkeit Parkplätze abgesperrt. Die städtische und kantonale Verwaltung haben lediglich für die jeweils systemrelevanten Schlüsselfunktionen punktuell Absperrungen vorgenommen. Diese wurden am 11. Mai 2020 bereits wieder aufgehoben. Ich bitte sie, den Vorstoss abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Ich könnte nun darüber sprechen, dass die meisten Personen zurzeit vermutlich eher Velo fahren als Auto, und man deshalb selbst bei Tankstellen bald Veloabstellplätze braucht. Stattdessen möchte ich ein anderes Beispiel nennen. Ich beziehe mich auf ein Postulat der FDP-Fraktion vom 22. Mai 2019: «Der Stadtrat wird aufgefordert, wie im Zuge der Umstellung der Parkplatzmünzautomaten auf Apps umweltfreundlichere und kleinere, leichtere Fahrzeuge eine gegenüber der ordentlichen Parkzeit längere Parkerlaubnis erhalten können.» Beim vorliegenden Postulat handelt es sich um einen Running-Gag der FDP. Die Corona-Krise wird vorgeschoben, um einmal mehr mit einem Postulat eine längere Parkdauer herauszuholen. Es dürfte der erste von mehreren Vorstössen sein, die uns in einer recycelten Form präsentiert werden. Wir lehnen den Vorstoss ab.*

Res Marti (Grüne): *Die FDP versucht hier, aktiv die Verfügbarkeit der Parkplätze in der Stadt zu reduzieren. Wenn ein Auto länger parkiert wird, hat es für die anderen Autos weniger Parkmöglichkeiten. Ob das wirklich im Interesse der FDP ist, bezweifle ich. Wäre der Vorstoss von den Grünen gekommen, wäre er vermutlich von der FDP abgelehnt worden mit der Begründung, die Änderung führe zu Suchverkehr, zu Umsatzeinbussen und so weiter. Die grüne Fraktion hat sich überlegt, das Postulat zu unterstützen, denn einen expliziten oder impliziten Parkplatzabbau können wir fast immer befürworten. Wir möchten aber keine destruktive Politik betreiben. Wir lehnen das Postulat ab.*

Renate Fischer (SP): *In Zürich gibt es gemäss dem statistischen Jahrbuch 67 907 öffentliche Parkplätze. Von diesen Parkplätzen haben 37 Parkplätze eine eingeschränkte Parkdauer von 15 Minuten. Auf 470 Parkplätzen darf man 30 Minuten parkieren. Die Parkdauer ist, wie die Stadträtin bereits sagte, an diesen Orten bewusst eingeschränkt, damit möglichst viele Autofahrerinnen und Autofahrer kurz parkieren können. Die Argumentation, dass es aufgrund der geltenden Hygienevorschriften unter Umständen zu längeren Wartezeiten kommen kann, ist verständlich. Es konnte mir allerdings niemand sagen, an welchen Orten konkret es genau zu den beschriebenen Engpässen bei Kurzzeitparkplätzen kommt. Auch der Postulant hat auf meine Anfrage nicht reagiert. Falls es an einzelnen Orten Engpässe gegeben hätte, hätte man lokal darauf reagieren können. Ein Anruf bei der zuständigen Dienstabteilung hätte vermutlich schneller gewirkt als ein Postulat, das vor bald einem Monat eingereicht wurde. Eine Neusignalisation bei 507 Parkplätzen, die aus gutem Grund eine beschränkte Parkdauer haben, halte ich nicht für sinnvoll. Die SP lehnt den Vorstoss ab.*

Derek Richter (SVP): Die SVP als gewerbeorientierte Partei unterstützt das Postulat selbstverständlich. Seit jeher haben wir die ideologisch fundierten Märchengebühren bekämpft. Vor allem, weil die Gebühren gemäss geltendem Gesetz nicht gewinnorientiert sein dürfen. Doch der Stadtrat führt schon länger in dieser Weise einen destruktiven Grabenkrieg gegen den motorisierten Individualverkehr. Das Postulat scheint uns vernünftig. Wir glauben aber kaum, dass der Stadtrat nun plötzlich ein entsprechendes Kostenbewusstsein gefunden hat. Das Bundesamt für Gesundheit und der Stadtrat selbst schreiben, dass man gemäss der aktuellen COVID-19-Verordnungen Menschenansammlungen vermeiden soll. Entsprechend sollte man auch den öffentlichen Verkehr meiden. So muss man mit dem privaten Verkehrsmittel in die Stadt fahren. Man muss kein Prophet sein: Wir werden eine zweite Welle haben. Diese wird im Herbst kommen. Es wird aber keine Viruswelle sein. Wir werden Lehr- und Studienabgänger ohne Perspektive haben. Aus Kurzarbeit wird Arbeitslosigkeit. Die Problematik bei den Menschen über 50 wird sich noch mehr akzentuieren. Für die SVP ist das Postulat ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist ein kleiner, aber ein nötiger Schritt. Das Gewerbe braucht jetzt sofort jede Unterstützung und jede mögliche Entlastung. Ideologie können wir uns nicht mehr leisten.

Peter Anderegg (EVP): Parkplätze mit einer kurzen Parkdauer von unter einer Stunde machen im Normalfall oder in normalen Zeiten absolut Sinn. Dadurch, dass man nur kurz parkieren kann, können insgesamt mehr Personen von den Parkplätzen profitieren. Sie können kurz ihre Einkäufe oder Erledigungen tätigen und fahren dann wieder weiter. Dann ist der Parkplatz frei für das nächste Auto. Das macht Sinn. Im Moment ist es aber wirklich so, dass Einkäufe etwas länger dauern. Es gilt die 2-Meter-Abstandsregel. Je nach Geschäft muss intensiv desinfiziert werden. Man kann nicht auf die Schnelle irgendwo noch etwas einkaufen und sich vordrängeln. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, dass tatsächlich alles länger dauert. Deshalb macht die Idee des Postulats als temporäre Massnahme grundsätzlich Sinn, aber wirklich nur als temporäre Massnahme. Ich kann mir vorstellen, dass es hilft, wenn man mit dem Auto seine Einkäufe erledigen kann, die man sonst vielleicht nicht machen könnte. Spätestens, wenn wieder eine gewisse Normalität einkehrt, müsste die Massnahme wieder rückgängig gemacht werden. Die EVP unterstützt das Postulat.

Përparim Avdili (FDP): In der Forderung ist klar beschrieben, dass es sich nur um eine temporäre Massnahme handelt. Anhand der Voten, die wir nun gehört haben, scheint nur eine Minderheit verstanden zu haben, worum es in diesem Postulat geht. Es wurden verschiedene Argumente gebracht, warum man dagegen sein soll: So etwa, weil das Postulat von der FDP kommt, oder weil alle Personen mit dem Velo einkaufen gehen würden. Es wurde zudem gefordert, dass konkrete Beispiele genannt werden. Am Kreuzplatz beispielsweise hat es verschiedene Geschäfte und unter anderem eine Post. In der Umgebung wohnen viele ältere Menschen, die nicht mit dem Velo oder E-Bike einkaufen gehen. Sie brauchen für ihren Einkauf etwas länger Zeit. Das liegt aber hier nicht am Alter, sondern an den temporären Massnahmen, die vom Gewerbe umgesetzt werden müssen. Das Gewerbe muss in dieser Situation unterstützt werden. Das ist für alle sicht-



4 / 4

bar, die sich in der Stadt bewegen. Vor jedem Laden bildet sich eine Schlange von Personen, die den Laden betreten wollen. So können höhere Wartezeiten entstehen. Dass man nicht versteht, dass sich dadurch die Parkdauer der einzelnen Autos verlängert, verstehe ich nicht. Man scheint aus Prinzip dagegen zu sein. Was mich ebenfalls erstaunt, ist das Argument, es seien gar nicht so viele Parkplätze, die betroffen seien. Wenn es nicht so viele sind, fragt es sich, warum dann die Massnahme gemäss Stadtrat mehrere 10 000 Franken kosten soll. Es ist schade, dass die Massnahme nicht unterstützt wird. Es wäre eine temporäre Massnahme, die Verständnis gezeigt hätte gegenüber der Bevölkerung und vor allem auch gegenüber dem Gewerbe, das nun unsere Unterstützung gebraucht hätte. Wir könnten das Gewerbe mit diesem Postulat entlasten. Das Auto wird in der aktuellen Situation deutlich mehr benutzt. Dies wurde unter anderem auch vom Stadtrat bestätigt mit den speziellen Bewilligungen, die während der Corona-Zeit auch erteilt wurden. Der Stadtrat widerspricht sich hier auch ein bisschen selbst, wenn er das Postulat nun ablehnt.

Das Dringliche Postulat wird mit offensichtlichem Mehr abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat